

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Innen- und Rechtsausschuss

72. Sitzung

am Mittwoch, dem 26. Februar 2003, 14:00 Uhr,
im Sitzungszimmer des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Monika Schwalm (CDU)

Vorsitzende

Peter Eichstädt (SPD)

Klaus-Peter Puls (SPD)

Thomas Rother (SPD)

Anna Schlosser-Keichel (SPD)

Jutta Schümann (SPD)

Peter Lehnert (CDU)

Thorsten Geißler (CDU)

Dr. Johann Wadephul (CDU)

i.V. von Klaus Schlie

Günther Hildebrand (FDP)

i.V. von Wolfgang Kubicki

Irene Fröhlich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Silke Hinrichsen (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes - KAG - des Landes Schleswig-Holstein	5
Gesetzentwurf der Fraktion der FDP Drucksache 15/1834	
Änderungsanregungen der Landesregierung Umdruck 15/2450	
hier: Anhörung des Schleswig-Holsteinischen Landkreistages	
2. Import embryonaler Stammzellen	6
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 15/1088	
3. Entschließungsantrag zur Präimplantationsdiagnostik	7
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 15/1084	
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/1110	
4. Integration	8
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/973	
5. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Maßregelvollzugsgesetzes (MVollzG)	9
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU Drucksache 15/1544	
6. Datenschutzpolitik für Schleswig-Holstein	10
Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD Drucksache 15/2287	
7. Baukultur in Schleswig-Holstein	11
Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD Drucksache 15/2221	

8. **Entwurf eines Gesetzes zur finanziellen Entlastung der Kommunen in Schleswig-Holstein** **12**
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
Drucksache 15/2436
9. **Entscheidung zur Stärkung der kommunalen Handlungsfähigkeit** **12**
Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/2441
10. **Bericht zum aktuellen Stand der Kommissionsarbeit zur Gemeindefinanzreform** **13**
Mündlicher Bericht der Landesregierung

Die Vorsitzende, Abg. Schwalm, eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes -
KAG - des Landes Schleswig-Holstein**

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP
Drucksache 15/1834

Änderungsanregungen der Landesregierung
Umdruck 15/2450

(überwiesen am 15. Mai 2002)

hierzu: Umdrucke 15/2351, 15/2450, 15/2790, 15/2796, 15/2801, 15/2809,
15/2821, 15/2911, 15/2981, 15/2982, 15/2985, 15/2986,
15/2989, 15/2991, 15/2999, 15/3011, 15/3013, 15/3027,
15/3033, 15/3045, 15/3046

hier: Anhörung des Schleswig-Holsteinischen Landkreistages

Herr Erps, Geschäftsführer des Landkreistages, trägt die Stellungnahme des Schleswig-Holsteinischen Landkreistages vor, Umdruck 15/2986. Auf Fragen aus dem Ausschuss erwidert er, eine ganze Anzahl von Bundesländern habe die gleichen Regelungen wie die bisherige schleswig-holsteinische Rechtslage. Es bestehe keine Veranlassung, von der im Kommunalabgabengesetz vorgegebenen generationen-, interessen-, nutzer- und sachgerechten Abbildung der Gebührenerhebung abzugehen, um nicht diejenigen zu bestrafen, die sich in der Vergangenheit redlich verhalten und die Grundsätze der Einnahmebeschaffung beachtet hätten, und zu Finanzproblemen und Verwerfungen in der Fläche zu kommen. Wenngleich der Gesetzentwurf der FDP juristisch nicht zu beanstanden sei, seien seine Folgen problematisch. Schon heute gebe es die fakultative Möglichkeit, statt vom Wiederbeschaffungszeitwert vom Anschaffungszeitwert abzuschreiben und damit zu niedrigeren Gebühren zu kommen, allerdings mit der Folge, spätere Generationen mit entsprechenden Beiträgen zu belasten.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Import embryonaler Stammzellen

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 15/1088

(überwiesen am 12. Juli 2001 an den Sozialausschuss, den Wirtschaftsausschuss, den Innen- und Rechtsausschuss und den Bildungsausschuss)

hierzu: Umdruck 15/2938

Einstimmig empfiehlt der Ausschuss dem Sozialausschuss, den FDP-Antrag für erledigt zu erklären.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Entschließungsantrag zur Präimplantationsdiagnostik

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 15/1084

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/1110

(überwiesen am 12. Juli 2001 an den Sozialausschuss, den Wirtschaftsausschuss, den Innen- und Rechtsausschuss und den Bildungsausschuss)

Die Beschlussfassung über die beiden Anträge wird auf die nächste Sitzung, 26. März 2003, vertagt, zu der dem Ausschuss der im Bildungsausschuss auf Antrag der CDU-Fraktion geänderte Wortlaut des FDP-Antrages, der mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen abgelehnt worden ist, vorliegen soll.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Integration

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/973

(überwiesen am 30. Mai 2001 an den Innen- und Rechtsausschuss, den Wirtschaftsausschuss, den Bildungsausschuss und den Sozialausschuss)

hierzu: Umdrucke 15/1182, 15/1205, 15/1694, 15/1870, 15/1871, 15/1926,
15/1927, 15/1938, 15/1939, 15/1960 (neu) bis 15/1963,
15/1967, 15/1968, 15/1970, 15/2000, 15/2233, 15/2251 bis
15/2253, 15/2258, 15/2267, 15/2275, 15/2300, 15/2316,
15/2369, 15/2381, 15/3062

Der Ausschuss beauftragt die Geschäftsführerin mit der Auswertung der durchgeführten Anhörung (Synopsis) und beabsichtigt, unter Einbeziehung der Voten der beteiligten Ausschüsse vor den Sommerferien eine Beschlussfassung herbeizuführen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Maßregelvollzugsgesetzes (MVollzG)

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
Drucksache 15/1544

(überwiesen am 20. Februar 2002 an den Innen- und Rechtsausschuss und den Sozialausschuss)

hierzu: Umdrucke 15/2128, 15/2185, 15/2229, 15/2272, 15/2277, 15/2302,
15/2332, 15/2338, 15/2339, 15/2341, 15/2347, 15/2363,
15/2395, 15/2396, 15/2416, 15/2451

Abg. Geißler kritisiert, dass nach dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen die Durchführung erkennungsdienstlicher Maßnahmen zur Sicherung des Vollzuges der Maßregel nicht - wie im CDU-Gesetzentwurf - zwingend vorgesehen sei, und erwartet von den Geschäftsführern der Einrichtungen, dass sie die vom Gesetzgeber eingeführten Maßnahmen tatsächlich nutzten, um in der Vergangenheit aufgetretene Sicherheitsdefizite zu vermeiden.

Abg. Hildebrand erklärt, nach Auffassung der FDP sollten erkennungsdienstliche Maßnahmen auf die Aufnahme von Lichtbildern beschränkt und nur bei erhöhter Fluchtgefahr und Gewährung einer Vollzugslockerung durchgeführt werden.

Der Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Umdruck 15/2128, wird mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung von CDU und FDP angenommen. Mit den Stimmen von SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der FDP empfiehlt der Ausschuss - vorbehaltlich des Votums des beteiligten Sozialausschusses -, den CDU-Gesetzentwurf, Drucksache 15/1544, in der Fassung des Antrages der Koalitionsfraktionen, Umdruck 15/2128, anzunehmen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Datenschutzpolitik für Schleswig-Holstein

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD
Drucksache 15/2287

(überwiesen am 22. Januar 2003 zur abschließenden Beratung)

Dr. Bäumlert äußert, die Antwort auf die Große Anfrage habe gezeigt, dass der Datenschutz in Schleswig-Holstein weitgehend ein Konsensthema sei; Kontroversen lägen naturgemäß auf dem Gebiet der inneren Sicherheit. Die Anwendung vom Gesetzgeber eingeführter Maßnahmen zur Gefahrenabwehr wie der Rasterfahndung, die die Grundrechte einschränkten, sollten generell befristet werden.

Abg. Hinrichsen problematisiert die Speicherung von DNA-Profilen in einer Gendatei sowie die nach dem 11. September 2001 beschlossenen sicherheitspolitischen Maßnahmen unter datenschutzrechtlichen Aspekten.

Der Ausschuss nimmt die Antwort auf die Große Anfrage abschließend zur Kenntnis.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Baukultur in Schleswig-Holstein

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD
Drucksache 15/2221

(überwiesen am 14. November 2002 an den Innen- und Rechtsausschuss, den
Wirtschaftsausschuss, den Sozialausschuss, den Bildungsausschuss und den
Agrarausschuss)

Ohne Aussprache empfiehlt der Ausschuss, die Antwort auf die Große Anfrage zur Kenntnis zu nehmen.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur finanziellen Entlastung der Kommunen in Schleswig-Holstein

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
Drucksache 15/2436

(überwiesen am 20. Februar 2003)

und

Punkt 9 der Tagesordnung:

EntschlieÙung zur Stärkung der kommunalen Handlungsfähigkeit

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/2441

(überwiesen am 20. Februar 2003 an den Innen- und Rechtsausschuss und an alle übrigen Ausschüsse)

Der Ausschuss beschließt, zu beiden Vorlagen bis Ende Mai schriftliche Stellungnahmen einzuholen; die Anzuhörenden sollen gegenüber der Ausschussgeschäftsführerin binnen einer Woche benannt werden.

Punkt 10 der Tagesordnung:

Bericht zum aktuellen Stand der Kommissionsarbeit zur Gemeindefinanzreform

Mündlicher Bericht der Landesregierung

(überwiesen am 20. Februar 2003 zur abschließenden Beratung)

Ohne Aussprache nimmt der Ausschuss den mündlichen Bericht abschließend zur Kenntnis.

Die Themen Verwaltungsstrukturreform und Gemeindefinanzreform sollen in zusätzlichen Sitzungen beraten werden.

Die Vorsitzende, Abg. Schwalm, schließt die Sitzung um 15:20 Uhr.

gez. Monika Schwalm
Vorsitzende

gez. Ole Schmidt
Protokollführer